



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

cession Englands. Jene Erlasse sind illusorisch, weil sie nur den gesetzlichen Sprachzwang bei jenen Gegenständen aufheben und daneben den dänischen Beamten überlassen, denselben auf einem Umwege wieder herzustellen. Indessen zeigen jene Maßregeln, wie sehr eine aufrichtige Cooperation Englands die Verhältnisse Preußens zu Dänemark erleichtern könnte.

Diese zu erreichen würde für Preußen leicht sein. Es würde leicht sein, die englische Regierung, welche sich niemals durch Sympathien und Antipathien bestimmen läßt, sondern welche ihren Interessen folgt, selbst zu einer activen diplomatischen Cooperation zu bestimmen, d. h. dazu, daß sie den übrigen europäischen Mächten in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit das Gegengewicht hielt und Preußen und Dänemark daher einander allein gegenüberstünden.

Es wird nur darauf ankommen, daß der preussische Minister des Auswärtigen sich klar mache, daß das nächste und dringendste Interesse Preußens in der endlichen ehrenvollen Erledigung der schleswig-holsteinischen (nicht der holsteinischen) Angelegenheit liege, und daß wenigstens zunächst andere Interessen zurückzutreten haben. Nach der Thronrede kann Niemand zweifelhaft sein, daß diese Auffassung zugleich dem Willen des Königs entspricht.

Von der preussischen Grenze.

Wir haben wieder zwei politische Stichworte zu analysiren. Die Veranlassung gibt uns das von drei ehemaligen Mitgliedern der demokratischen Partei, Rodbertus, von Berg und Bucher unterzeichnete Manifest. Die allgemeine Haltung desselben ist von den Blättern ihrer ehemaligen Partei bereits hinreichend gewürdigt worden; wir hoffen, daß diese Blätter jetzt einschn, wie bedenklich es ist, Correspondenzen aufzunehmen, die, weil geistreich geschrieben, das Publicum amüsiren, aber es auch verwirren, weil sie der allgemeinen Haltung des Blatts widersprechen. Die Stichworte, mit denen wir es zu thun haben, sind folgende.

Oestreichs Besitzstand in Venedig ist gefährdet; es handelt sich darum, ob Deutschland ihm zu Hilfe kommen soll. Dafür und dawider lassen sich viele erhebliche Gründe anführen; vollkommen leer und nichtig ist aber der Grund, den das Manifest anführt. Es heißt: wir Deutsche dürfen nichts herausgeben, was wir einmal haben! wir haben Venedig, also dürfen wir es nicht herausgeben. — Wir haben Venedig nicht! — Die Herrschaft Oestreichs über Venedig hat für uns keinen andern Nutzen gehabt, als daß der deutsche Name den Italienern, einem Volk, mit dem wir alle Ursache haben gut zu stehen, verhaßt und verachtet ist; keinen andern Nutzen, als daß wir dadurch fortwährend in Kriegesgefahr stehen. Wir haben nicht den mindesten Einfluß auf das östreichische Cabinet, und wir können ihn niemals haben, solange die östreichische Monarchie besteht; im Gegentheil hat diese Monarchie lange Zeit hindurch auf uns mit ebenso schwerem Druck gelastet, wie auf den Italienern, und wir haben denselben Grund wie die Italiener, zu wünschen, daß dieser Druck aufhört. Wenn wir dem Hause Oestreich zu Hilfe kommen, so kann das nur in der Form freier Bundesgenossenschaft geschehen, d. h. für die Erreichung unserer eigenen Zwecke, nicht aber um eine Provinz zu behalten, die wir gar nicht haben. Wenn der Umstand, daß ein deutsches Haus in einem fremden Lande regiert, dieses Land zu unserem Eigenthum machen soll, so wäre allerdings nicht bloß die östreichische Monarchie, sondern auch Dänemark, die Niederlande, ja Rußland unser Eigenthum, so wäre vor einem Menschenalter auch England unser Eigenthum gewesen. In der Einbildung wären wir dann freilich recht reiche Herren! und der großdeutschen Phantase ist nichts unmöglich.

Die zweite Phrase ist folgende.

In den Gefahren, die Deutschland bedrohn, bemüht sich das preußische Cabinet, eine Wehrverfassung in Deutschland herzustellen, durch welche es uns möglich wird, den Feinden erfolgreichen Widerstand zu leisten. Das Manifest hält das für unnöthig; es behauptet, der Bundestag sei zwar todt, (wohlgemerkt: nicht wir sind es, die diese höchst verwerfliche und höchst ungereimte Ansicht aufstellen, da wir doch allmonatlich von der Existenz des Bundestags in den Zeitungen lesen!) aber es wäre auch vorläufig gar nicht nöthig, etwas anderes an die Stelle zu setzen, da die Volkskraft oder das Volksgefühl ausreichte, uns ganz Europa fürchterlich zu machen. — So stecken wir denn glücklich wieder in den Kinderschuhen von 1818! da wir doch damals gelernt haben sollten, daß uns diese bloße Substanz noch nicht einmal bei den homburger Spielpächtern fürchterlich gemacht hat. Das Volksgefühl ist eine respectable Kraft, wo eine Staatsmaschine vorhanden ist, zu der sie gleichsam den Dampf hergibt; so ist sie sehr bedeutend in England, so war sie sehr bedeutend in der französischen Revolution. Ohne diese Maschine aber verfliegt der Dampf wirkungslos in alle Lüfte. Oder um ohne Bild zu sprechen: um eine Regierung zu treiben oder aufzuhalten, ihr Kraft zu geben, oder ihre Richtung zu verändern, auch wohl sie zu stürzen, ist die Volksgesinnung stark genug; aber sie ist nicht fähig einen Staat zu schaffen. Organische Bildungen gehen niemals aus einem Winde hervor, der Atome zusammenweht. Wo eine Revolution gelang, war es nur, weil der Organismus schon vorhanden war, dessen sie sich nur zu bemächtigen hatte. Ewig wird unsere große Volkserhebung von 1813 der Stolz unserer Nation bleiben; aber es war ihr nur darum möglich, weil sie den preußischen Staat vorfand, auf den sie sich stützen konnte. Darum unterscheidet sich die gegenwärtige italienische Revolution so unendlich von allen früheren Experimenten. — Die Sache ist in diesem Augenblick sehr ernst, da Preußen im Begriff steht, in der Vertretung der deutschen Sache gegen die Anmaßungen Dänemarks die Gefahr eines allgemeinen Krieges auf sich zu ziehen. Preußen kann und soll diese Gefahr übernehmen, es ist seine Ehrenschuld gegen die deutsche Nation, aber es kann und darf sie erst dann übernehmen, wenn im eignen Hause Ordnung ist. Bevor es sich nicht vor der dringenden Gefahr eines Rheinbunds durch positive, feste Garantien, durch Garantien, die in mehr bestehen als in Worten, gesichert hat, darf es sich nicht in ein Unternehmen einlassen, in dem es seine Existenz aufs Spiel setzt. Die deutschen Regierungen haben sich in Bezug auf das Unternehmen selbst günstig ausgesprochen, sie haben erkannt, daß wenigstens für diesen Fall die Führerschaft Preußens durch die Lage der Dinge geboten ist: in ihrer Hand liegt es jetzt, Preußen die Uebernahme dieser Führerschaft möglich zu machen. — — † †

Die preußische Thronrede.

Berlin, den 14. Jan. Das Läuten der Glocken und die Kanonen verkündigen die Eröffnung des Landtages, welche König Wilhelm im weißen Saale vollzieht. Lange hat wol keine Session unter so ernstern und gewichtigen Umständen begonnen, als die diesmalige. Das Provisorium der Regentschaft ist zu Ende, in eignem Rechte steht der Fürst, eine königliche Gestalt, nicht neben, sondern unter dem Thronhimmel. Zur Seite liegen Krone und Reichsapfel, vor ihm versammelt sind die Vertreter des preußischen Volks, den Eid der Treue zu schwören. Auf der Tribüne steht man die Königin, die Kronprinzessin und zahlreiche andere Fürsten und Fürstinnen.

Mit bewegter Stimme beginnt der König die vom Fürsten Hohenzollern überreichte Thronrede zu lesen, aber sein Wort wird fest, als er von der Aufgabe spricht, welche ihm zugefallen und gewinnt den ganzen Nachdruck ernstester Ermahnung,